

## Eine Zwangsvermögensabgabe im Bezirk Baden?

(Eigenbericht der „Reichspost“.)

Baden, 10. März.

An den Amtstafeln des Bezirkes Baden prangt ein vom 2. März datierter Aufruf, in welchem der „Arbeiter- und Soldatenrat Baden“ kurzerhand verlangt, alle Besitzenden sollen sofort entsprechende Summen zugunsten der Unbemittelten erlegen — sonst könne Ruhe und Ordnung nicht weiter verbürgt werden; es sei ja ohnehin ein Wunder zu nennen, daß die Notleidenden nicht schon längst mit Gewalt sich selbst geholfen hätten. Aber nicht der persönlichen Einschätzung, dem größeren oder geringeren sozialen Pflichtgefühl des Einzelnen soll die Abgabe überlassen bleiben, sondern es wird öffentlich über die „Angemessenheit der Spenden“ abgeurteilt werden. Interessant ist ferner, daß für jeden Bedürftigen neben der Arbeitslosenunterstützung(!) wenigstens 1000 bis 5000 Kronen sich ergeben sollen, wobei besonders das eine betont wird, daß dem Beteiligten das Gefühl des Besäntnisses erspart bleiben muß.

Dieses Dokument des Faustrechts bedarf wohl einiger Aufklärungen. Seit wann ist der Arbeiter- und Soldatenrat eine Behörde, deren Kundgebungen vom Gemeindediener in Amtstracht offiziell verlautbart werden? Gewiß wird niemand sich der Not des Volkes verschließen und Hilfsaktionen, von vertrauenswürdigen Personen eingeleitet, werden nicht erfolglos bleiben; der anonyme Arbeiter- und Soldatenrat aber genießt das Vertrauen der Bevölkerung nicht!

Welche Folgen derartige, unter amtlicher Assistenz ins Werk gesetzte lokale Brandschakungen für den Staat haben, da damit die lokalen Steuerquellen völlig verstopft werden, und was daraus für unser Rechtsleben erwächst, darüber kann es kaum Zweifel geben.